

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ich meine doch, *überall* weise die Katastrophe auch auf die Erhebung hin. Ich meine, wenn wir alles recht verstünden, wenn wir *Gott* recht verstünden, müßten wir das Ergebnis dieses so schweren, ja furchtbaren Jahres und die Lofung, mit der wir die Schwelle eines vielleicht noch schwereren, noch furchtbareren überschreiten, *dennoch* in das Wort fassen:

Vexilla Dei prodeunt — Gottes Fahnen rücken vor.

13. Dezember 1933.

Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

I. *Weltpolitisches.* Die *Anerkennung Sowjetrußlands* durch die *Vereinigten Staaten* hat zur Bedingung freie Ausübung der Religion für die amerikanischen Bürger auf dem Boden der Sowjetunion (etwas sehr Wichtiges — das ist eine Breche!) und Unterlassung aller kommunistischen Propaganda von Seiten der Russen. Man erwartet von der Annäherung der beiden Reiche große wirtschaftliche Vorteile, z. B. für 480 Millionen Dollar Aufträge an die amerikanische Industrie. Es sollen denn auch schon jetzt die deutschen Ingenieure und anderen Techniker fast ganz durch französische und amerikanische verdrängt sein.

In *China* hat sich die 19. Armee (die durch ihren Kampf bei Shanghai berühmt geworden ist) gegen die Nanking-Regierung erhoben und die Provinz Fukien von deren Herrschaftsgebiet losgetrennt. Es soll gegen Tschiankaifchek die nationale und japangegnerische Richtung der Kuomintang-Partei durchgesetzt werden. Auch andere Bürgerkriegszuckungen werden gemeldet.

Die *spanischen Wahlen* haben eine ausgesprochene Wendung nach rechts gezeigt. Die Vertretung des Katholizismus hat, wie man sagt besonders durch die Mitwirkung der Frauen, am meisten Erfolg gehabt. Man wird darin wohl eine nicht ganz grundlose Reaktion gegen die Auswüchse des spanischen „Kulturkampfes“ erblicken dürfen. Die Sozialisten aber sind stark zurückgedrängt. Eine Reaktion auf diese Reaktion aber scheint der *anarchistisch-syndikalistische Putsch* zu sein. Seine Lofungen sind echt anarchistisch: Aufhebung des Staates und des Privateigentums; Ueberführung der Fabriken, Werkstätten, Bergwerke und so fort in den Besitz der Gewerkschaften wie des Großgrundbesitzes in den Gemeinbesitz der Kommunen; Abschaffung des Geldes und Verbot des Handels. Alles unter der rot-schwarzen Fahne. Einem Beurteiler aus der Ferne erscheint die Aktion als sinnlos, weil sie aussichtslos ist und die Reaktion doch wohl nur stärken wird.

Das *Kabinet Chaumemps*, das das gestürzte Kabinett Sarraut ersetzt, hat sich vorläufig durch die Unterstützung der Neosozialisten und die Stimmenthaltung der Blum-Sozialisten behaupten und die Spitze des Finanzprogrammes mit seinem „Lohnabbau“ für die Beamten passieren können. Damit scheinen gewisse faschistische Tendenzen, die auch in Frankreich nicht fehlen, für den Augenblick zurückgedämmt.

Die Agitation des schlimmen *ungarischen* Politikers Graf Bethlen für die Aufhebung des Vertrages von Trianon und damit die Revision der ungarischen Grenzen hat in England 130 Abgeordnete für sich gewonnen.

Das Vermögen Einsteins, Theodor Wolffs, Emil Ludwigs, Heinrich Manns ist beschlagnahmt worden.

Im Anschluß an einen Prozeß gegen den „Katholischen Volksverein“ und besonders Professor Dessauer, einen bekannten katholischen Soziologen, wird auch Förster und Mühlön (für dessen Schrift: „Die Verheerung Europas“) der Prozeß gemacht, natürlich auf Nazi-Art. Gottlob, daß es ihnen wenig schaden kann. Mühlön ist ein Edelmann durch und durch!

Solche, die am 12. November nicht oder mit Nein gestimmt, hat man vielfach durch die Straßen geführt mit der Inschrift am Hals: „Ich bin so niederträchtig gewesen, mit Nein zu stimmen“, oder: „Ich bin ein Landesverräter“. Das war die „freie Abstimmung“.

Der ungeliebte Krieg zwischen *Bolivien* und *Paraguay* scheint nun durch einen großen Sieg des letzteren zum Abschluß zu kommen. Es war traurig, daß der Völkerbund nicht einmal den endgiltig zu verhindern die Kraft hatte.

II. *Frieden und Abrüstung*. In *England* haben die militärischen Kreise das Gefühl, es fehle an feinem Luftschutz und es will darin, falls die Abrüstungskonferenz endgiltig scheitert, gewaltig aufrüsten.

Man ist der Ansicht, daß die deutsche *Zivilluftschiffahrt* immer mehr eine verkappte Form der militärischen werde, besonders auch jene schweren Flugzeuge, die ohne ersichtlichen andern Grund die Eisenbahnzüge ersetzen sollen.

Ueber *Warschau* haben große Gasmanöver stattgefunden.

Ein sehr gelungener, von den Kommunisten beherrschter *Kongreß gegen den Krieg* ist in *New York* abgehalten worden.

III. *Wirtschaftliches und Sozialistisches*. In *England* haben sich Handel und Industrie merklich belebt und die Arbeitslosigkeit ist bedeutend zurückgegangen. MacDonald schreibt das auf das Konto seiner staatsmännischen Größe. Wobei übrigens bei dieser „Belebung“ der wirtschaftlichen Lage die glänzend gedeihende *Rüstungsindustrie* eine große Rolle spielt.

Der Aktion *Roosevelts* leisten die Großfinanz und die Großindustrie immer stärkeren Widerstand. Besonders zeichnet sich darin *Ford* aus, der offenbar doch nicht bezwungen ist. Die Arbeitslosigkeit weiter als um etwa vier Millionen herunterzudrücken, ist nicht gelungen. Die *American Federation of Labour* (der amerikanische Gewerkschaftsbund) fordert die Dreißig-Stunden-Woche. Er hat sich, offenbar noch in veralteten Schematen befangen, gegen die Gründung von Industriegewerkschaften (an Stelle der reinen Fachgewerkschaften) ausgesprochen. Doch hat das Gewerkschaftswesen einen gewaltigen Aufschwung genommen. Auch an Streikbewegungen fehlt es nicht. Doch scheinen die Farmer ein wenig ruhiger geworden zu sein. Das Experiment der Dollarentwertung will auch manchen Freunden *Roosevelts* nicht gefallen.

Die *Korruption im Bankwesen* tritt gerade in den Vereinigten Staaten in immer neuen Skandalen zutage und ist geeignet, die Stimmung für *Roosevelt* zu erhalten.

Im *Nordwolle-Prozeß* sind die beiden Brüder *Lahufen* zu 8 und 5 Jahren Gefängnis und hohen Geldbußen verurteilt worden.

Die *Freigeld-Bewegung* nimmt in der Schweiz mächtig zu. Sie hat auch eine eigene Tageszeitung, die „*Eidgenössischen Nachrichten*“, gegründet. Doch wird sie auch sehr entschieden abgelehnt.

In der Schweiz beschäftigt die Lage der *Bergbauern* fortwährend stark die Öffentlichkeit — mit Recht!

Die *österreichische Sozialdemokratie* setzt ihren Kampf fort und steht noch nicht vor der Kapitulation; ihre Aussichten sind vielleicht sogar besser als vor kurzem.

Die *belgische Sozialdemokratie*, deren Land so sehr viel mehr bedroht ist als die Schweiz, lehnt die Kredite für das Heer und die Festungen ab, weil sie jeden europäischen Krieg für Europas Ende hält, und fordert dafür geschlossenes politisches und wirtschaftliches Vorgehen gegen Hitler-Deutschland.

IV. *Kulturelles*. Das *Auto* hat in *England* letztes Jahr 7000 Menschen getötet, das macht täglich 18 Tote, wozu noch täglich 500 Verletzte kommen. Ob-

schon diese furchtbaren Zahlen *relativ* nicht größer sein werden als in der Schweiz, ist der Kampf gegen diese Pest in England ungleich lebhafter als bei uns. Im Unterhaus wird immer wieder davon geredet, und die „Times“ öffnen für das Thema immer wieder ihre Spalten oder schlagen es selbst an.

Die *Prohibition* ist nun in den Vereinigten Staaten als allgemeine Verfassungsbestimmung endgiltig gefallen. Doch besteht sie noch gesetzlich in 30 von den 48 Staaten. Der Kampf gegen den Alkohol geht in andern Formen weiter. Zu den alten Zuständen will die Mehrheit nicht zurückkehren.

Die *Lynchjustiz* hat neue Opfer gefordert, doch regt sich das nationale Gewissen immer stärker gegen sie.

Auf den *Philippinen* ist das *Frauenstimmrecht* eingeführt worden.

Der *Antisemitismus* erregt fortwährend auch Rumänien. Die „Eiserne Garde“, seine studentische Organisation, ist verboten worden.

V. *Kirchliches*. Die *römische Kirche* hofft, mit *Rußland* ein Konkordat bekommen zu können. Der Besuch Litwinows in Rom soll zur Anknüpfung von Verhandlungen darüber benutzt worden sein. Der Vatikan würde sich in dieser Beziehung als Sachwalter der ganzen Christenheit fühlen.

Die *Zürcher Kirchensynode* hat eine Erklärung gegen den *Antisemitismus* angenommen, die von Prof. Köhler begründet wurde. Man wird das begrüßen. Aber mehr Mut hätte es in *unserer* Lage gebraucht und nötiger wäre gewesen, gegen unsern neuen Militarismus Stellung zu nehmen. Oder es wäre, wenn man gegen das Hakenkreuz demonstrieren wollte, umfassender und offener zu reden gewesen.

Die amerikanische Vereinigung sozialistischer Christen (*Fellowship of Socialist Christians*) hat im September in der Arbeiterhochschule (Labour College) in Brookwood eine zweitägige Versammlung abgehalten. Sie beschloß, energischer in den Kampf für den Sozialismus einzutreten und dafür ein Programm zu entwerfen.

14. Dez.

Zur schweizerischen Lage.

I. Die schweizerische Lage in der Berichtszeit ist vor allem durch große, ja glänzende *sozialistische Wahlerfolge* charakterisiert. Am überraschendsten war wohl die Eroberung *Lausannes*, zu der sich bedeutende Erfolge in andern größeren Orten des Waadtlandes gefellten. Denn Lausanne, das einst einen Vinet und Secretan gesehen, galt, wie das ganze Waadtland mit seiner überwiegend bäuerlichen Bevölkerung, seit langem als ein Hauptsitz, wenn nicht gar, etwa neben Freiburg, der Hauptsitz der schweizerischen Reaktion. Aber vielleicht erklärt sich gerade daraus die Heftigkeit des Umschlages. Noch bedeutsamer ist die Eroberung *Genfs*, womit nebenbei auch zum erstenmal ein ganzer Kanton eine sozialistische Regierung bekommt. Es ist mit Recht in bezug auf den waadtländischen wie den genferischen Umschwung darauf hingewiesen worden, daß er auch ein *Volksurteil über den 9. November* bilde. „Les tribunaux ont jugé. Le peuple aussi a jugé“, hat mit Recht der neue genferische Großratspräsident Rosselet erklärt. Vielleicht geben diese Entwicklungen auch einigen Theologen zu denken. Es wäre ja eine gute Gelegenheit zur Anwendung der beliebten Dialektik! Und vielleicht liest da und dort einer unsere Broschüre über den 9. November noch einmal und mit andern Augen.

Zu diesen großen Siegen, die auf den zürcherischen gefolgt sind, gefallen sich kleinere. So einer in *Basel* bei Anlaß der Wahlen in den Bürgerrat, der umso symptomatischer ist, als sonst gerade diese Wahlen kein gutes Terrain für die Sozialisten sind. Dazu neuerdings solche bei den *Berner Gemeindewahlen*. Ein gewisser Rückschlag ist nur im Kanton *Neuchâtel* zu verzeichnen. Hier mag die Krise der Uhrenindustrie eine Ursache des Mißerfolges sein, vielleicht aber auch andere Umstände, zum Teil solche, die im dortigen Sozialismus liegen.

Es sind wirklich bedeutende Ereignisse. Besonders gilt dies von dem Umschwung in *Genf*. In St. Pierre, auf der Kanzel Calvins, hat Nicole, der vor

Kurzem noch im Gefängnis Sitzende, mit allen Hunden der Reaktion Gehetzte, seine Regierungserklärung gelesen. Darob Entsetzten bei den Reaktionären, aber es liegt ein ganz guter und großer Sinn darin, daß nun der Sozialismus den Calvinismus ablöst. Die Regierungserklärung selbst war sehr würdig und hatte einen gewissen großen Wurf, wie man ihn auch andern sozialistischen Magistraten wünschen möchte. Sie hat auch wirklich *sozialistischen* Charakter: sie will, soweit das im Rahmen eines Kantons möglich ist, sozialistische Grundsätze verwirklichen. Und zwar zum Wohl *Aller* — die Ausbeuter und Wucherer ausgenommen. Sie will vor allem auch das Unrecht des 9. November gutmachen, soweit dies möglich ist. Die Hinterbliebenen der Opfer, auf deren Gräber offiziell Kränze gelegt werden, sollen Entschädigungen erhalten. Die infolge ihrer Beteiligung an den Unruhen entlassenen Beamten werden wieder eingesetzt, und dafür andere, faschistisch gefinnte, entlassen. Der Erlaß, der Kommunisten den Zutritt zu den staatlichen Ämtern und Anstellungen verweigert, wird aufgehoben, ebenso das Verbot der Aufführung des Films: „Der Panzerkreuzer Potemkin“. Die Ausweisungen werden widerrufen, damit auch die besonders skandalöse des Doktor Jeanneret-Minkine aus Lausanne. Wenn aber jemand gefürchtet hätte, das „rote“ Genf werde nun ungünstig auf das Völkerbunds-Genf wirken, so ist das Gegenteil der Fall. Während ein großer Teil des Genfer Patriziertums in seiner Verblendung und Verhärtung dem Völkerbund mit kühlem Hochmut gegenübersteht, spricht sich die Regierungserklärung darüber sympathisch aus und verspricht, das Versammlungsrecht, die freie Bewegung der internationalen Institutionen (Frauenliga!) und der internationalen Presse (deren Urteil über den 9. November unserer Reaktion soviel Magenbeschwerden bereitet hat) energisch zu schützen.

Und dann ist Nicole in Begleitung von 530 Genossen und Genossinnen nach Bern gefahren und triumphierend in denselben Nationalrat eingezogen, aus dem man ihn kurz vorher unter offenem Bruch der Verfassung ausgeschlossen hatte. Gleichzeitig wurde dort sein, im übrigen sehr anders gearteter Genosse Johannes Huber von St. Gallen zum Vizepräsidenten des Nationalrates gewählt, von welcher schwindelnden Würde man ihn als „Marxisten“ und durch verleumderische Ausbeutung eines paradoxen, aber sehr harmlosen Wortes über die Nationalbank hatte fernhalten wollen.

Das alles kam dem reaktionären Bürgertum sehr unerwartet. Es war arg gegen das Programm. Man hatte damit gerechnet, es werde mit dem schweizerischen „Marxismus“ gehen, wie es in Deutschland gegangen ist. Und nun ist man selbst fast auf der ganzen Linie geschlagen und sieht die „rote Flut“ steigen. In ohnmächtiger Wut protestieren die „Fronten“, mit Ausnahme der „nationalen“, gegen die Zulassung Nicles und die Wahl Hubers und setzen ihre Hoffnung auf die neue Lex Häberlin.

Besser wäre, unser Bürgertum bedächte noch rechtzeitig auch in andern Dingen, daß es *Umschwünge und Tage der Vergeltung gibt*.

II. Aber ein Verhängnis ist es, daß mitten in diesem neuen sozialistischen Elan hinein etwas geworfen wird, was geeignet ist, ihn zu brechen: der Erisapfel der sogenannten *Landesverteidigung*. Es ist bezeichnend, daß dieses Verhängnis von dem gleichen Manne ausgeht, der in einer ähnlich günstigen Lage in den Jahren von 1917 bis 1920 eine ähnliche Rolle gespielt hat, nämlich von *Robert Grimm*. Was er in seiner großen Rede über „Faschismus und Landesverteidigung“, die nach Möglichkeit in der sozialistischen Presse verbreitet wird, leistet, ist die gleiche armfelige pseudo-marxistische Akrobatik und Demagogie, die man an diesem Manne gewohnt ist. Es handelt sich im Grunde doch einfach um einen durch die glaubenslose Angst vor Hitler erzeugten schändlichen Unfall. Der gleiche Mann, der sonst immer bereit war (und dessen Kreaturen noch viel mehr als er), alles, was nicht in dieses pseudo-marxistische Schema paßte, mit überlegen sein tollendem Hohn abzutun, erblickt nun auf einmal ausgerechnet in der Armee ein Instrument der Demokratie. Er, der immer wieder über die „bürgerlichen Pazifisten und Pazifistinnen“ der Zentralstelle und der Frauenliga seinen billigen

Spott ergoß, scheint nun dafür den „bürgerlichen Militaristen“ ein fast unbegrenztes Vertrauen zu schenken, nämlich das Vertrauen, daß sie bereit sein würden, Demokratie und Sozialismus vor Hitler zu schützen. Der Eindruck dieses Bankrottes wirkt geradezu katastrophal. Gerade den Treuesten und Ernstesten der Genossen erscheint diese ganz unerwartete Wendung als eine völlige Preisgabe des Sozialismus. Das Bürgertum aber, das man damit gewinnen zu wollen vorgibt, quittiert mit kaltem Hohn. Es denkt: „Oho, so leicht sind diese Leute umzuwerfen!“ Die „Neue Zürcher Zeitung“ dankt mit grimmiger Ironie für das Geschenk, das Grimm der Schweizerischen Offiziersgesellschaft zu ihrem Jubiläum auf den Tisch gelegt habe. Wenn unfernein so etwas geschähe, das wäre ein Fressen für die „Tagwacht“! Ein Zusammenbruch der neuen sozialistischen Erhebung und auch eine Spaltung der Partei, jedenfalls ein tiefer Riß in derselben, eine Stimmung sozialistischen Defaitismus an Stelle der durch die letzten Siege erzeugten Zuversicht wäre die Folge dieser neuesten Aktion ihres „Führers“, wenn sie endgiltig Erfolg hätte, ja die Katastrophe wäre gewiß.

Gottlob ist dieser Erfolg sehr ungewiß. Die Stimmung der eifrigsten Genossen, namentlich soweit sie nicht Funktionäre sind, ist überall entschieden gegen diesen Umfall und Abfall. In Zürich entscheidet eine Mitgliederversammlung nach der andern gegen Grimm. In Basel aber ist noch nichts ausgemacht. Die gegenteiligen Meldungen der Presse sind falsch. Der Kampf geht weiter. Er muß aber zu einer völligen Revision nicht im Sinne eines Umfalls, sondern der Erneuerung, tieferen Begründung, Ausweitung und echten Radikalisierung des ganzen Programmes und der ganzen Taktik führen. Und zu einer neuen Führung der Partei. Ohne das gibt es kein Heil für den schweizerischen Sozialismus.

III. Unser reaktionäres Bürgertum setzt nun also seine Hoffnung auf die neue *Lex Häberlin*. Aber da ist ihm ein arger Strich durch die Rechnung gefahren: der Zusammenbruch der *Volksbank*, der, durch unsoliden Geschäftsgebaren verursacht (es sei besonders viel Geld nach Deutschland gegeben worden), Tausenden und aber Tausenden von kleinen Leuten, darunter vielen Dienstboten, im Ganzen 150 bis 200 Millionen Ersparnisse raubt und den Bund zu einem Einspringen mit 100 Millionen zwingt. Dabei ist bezeichnend, daß im Verwaltungsrat eine Reihe von Säulen des schweizerischen Freisinns saßen.¹⁾ Wird man einen Schüpbach oder Stadler auch aus dem Nationalrat ausschließen? Nicht aus Rachsucht, sondern weil die Sache so bezeichnend ist, sei der Finger auf die Tatsache gelegt, daß ausgerechnet dieser Nationalrat und Oberst Doktor Stadler, der seinen Patriotismus so wunderbar betätigt hat, der gleiche Mann ist, der mit solcher Wut die religiös-sozialen Pfarrer verfolgt.

Diese neue Erfahrung mit unseren bürgerlichen Politikern hat jedenfalls in bezug auf die Aussichten der neuen *Lex Häberlin* einen starken Umschwung herbeigeführt. Es besteht nun gute Hoffnung, daß es möglich sein wird, ihr das Schicksal der ersten zu bereiten. Denn allgemein heißt es nun, man habe nicht im Sinne, sich das Maul verbinden zu lassen, damit solche Dinge der Kritik entzogen werden könnten.

Zugleich ist nun auch, durch Unvorsichtigkeit, die Maske abgeworfen worden, womit man das wahre Gesicht dieses „Ordnungsgesetzes“ hatte verhüllen wollen, indem man tat, als sei es vorwiegend gegen die Fronten gerichtet. Nachdem schon am Feste der Offiziersgesellschaft, wo die Herrschaften unter sich waren, sowohl der Präsident, Oberstleutnant von Schultheß, als die Bundesräte Schultheß und Minger (wobei letzterer seine besondere Maske abwerfend die Antimilitaristen als „Nichtswürdige“ bezeichnete) erklärt hatten, daß das „Gesetz zum Schutze der öffentlichen Ordnung“ wesentlich ein Gesetz zum Schutze der Offizierskaste sei, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ (am 14. Dezember, Nr. 2283): „Ein Haupt-

¹⁾ Auch im Bündnerland sind wieder sehr schlimme Praktiken hervorragender freisinniger Politiker in der Ausbeutung der Wasserkräfte zu ihren eigenen Gunsten aufgedeckt worden.

zweck des Gesetzes ist bekanntlich die Schaffung von Handhaben für ein nachdrückliches *Vorgehen* gegen die *antimilitaristische Propaganda*. Nun werden auch die bürgerlichen Befürworter der neuen Lex, die den Glauben aufbrachten, sie sei gegen die Fronten gerichtet, sich besinnen müssen. Der Plan ist ganz klar: Zuerst die Antimilitaristen, dann die Sozialisten, und zuletzt auch noch die Pazifisten und was jeweilen den Regierenden nicht paßt. Wer Augen hat zu sehen, der sehe! Und handle!

IV. In bezug auf die *äußere Politik* der Schweiz hat sich ebenfalls Wichtiges ereignet.

1. Da sind einmal die Beziehungen zu *Deutschland*, die immer gespannter werden. Die Grenzwisfenfälle wiederholen sich. Frech und unerlaubt war z. B. die Abhaltung einer Naziverfammlng in Schaffhausen. Dem Faß den Boden schlägt aber aus das schon erwähnte Auftreten des Doktor Schacht, des Direktors der Deutschen Reichsbank, in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft von Basel, wo er mit der ganzen Anmaßung, über die er verfügt, den dummen Schweizern klar zu machen versuchte, wie verkehrt es von ihnen sei, Zinsen von geliehenem Kapital (oder gar Rückzahlung?) zu verlangen, und daß es ihnen hierin ganz am Verständnis für deutsches Wesen und neues Denken mangle. Dabei handelt es sich, wie gesagt, um 2,7 Milliarden in Deutschland angelegte Kapitalien, samt 254,89 Millionen Mark Aktien und entsprechende Millionen jährlicher Zinsen.

2. Die Verhandlungen wegen den *Verboten schweizerischer Presseorgane* in Hitler-Deutschland zeigen die bekannte Schwäche und Parteilichkeit des Bundesrates. Wenn nur die „Neue Zürcher Zeitung“ geschützt wird! Auf die sozialistische Presse wird so wenig Rücksicht genommen, daß sogar davon gemunkelt wird, man wolle für sie einen Extraknebel schaffen. Da hat die Tschechoslowakei denn doch andere Männer an der Spitze. Sie läßt keine Hitler-Literatur ins Land, auch das Buch „Mein Kampf“ nicht.

3. Das Schlimmste ist wohl die *Propaganda* für Hitler-Deutschland, die im Lande selbst geübt wird, und zwar mittelbar durch faschistisch gesinnte Schweizer, oder unmittelbar durch reichsdeutsche Agenten jeder Art und reichsdeutsche Presseorgane, wie z. B. das neugegründete Blatt: „Die Weltwoche“ eines zu fein scheint. Am allerbedenklichsten aber sind Tatsachen, wie der Fall *Michaelis*, der dem Falle Freytag und den bekannten Basler Vorgängen gefolgt ist. Dieser Fall Michaelis ist allerdings interessant genug. Vielleicht erinnern sich die Leser noch daran, daß dieser Michaelis durch den Regierungsrat von Bern gegen den Vorschlag der Fakultät zum Professor der Theologie, und zwar für die Auslegung des Neuen Testaments, gewählt worden ist. Die Fakultät hatte einstimmig unsern Freund *Lichtenhan* aus Basel vorgeschlagen. Dieser wurde vom Regierungsrat auf die Seite geschoben, weil er Antimilitarist ist und eine Schrift mit dem Titel: „Ist Abrüstung Christenpflicht?“ geschrieben hat. Dafür hat man zum Schutze der „vaterländischen Gesinnung“ einen Mann gewählt, der Hitler-Deutschland verpflichtet ist. Zu diesem hat er sich neuerdings in einem Vortrag ausdrücklich bekannt. Und nun bedenke man recht: Dieser Mann legt den angehenden Berner Pfarrern das Neue Testament im Lichte des Hakenkreuzes aus! Dieser Mann ist an eine Macht gebunden, welche das Schweizertum geistig aufhebt und es auch äußerlich annekieren will! Dieser Mann lehrt die bernischen Pfarrer — vaterländische Gesinnung! Aber Lichtenhan, dieser gute Schweizer aus einem alten, guten Schweizergeschlecht, durfte nicht kommen, weil er die Armee gefährde. Und die antimilitaristischen Pfarrer des Kantons Bern bedroht die gleiche Regierung mit Absetzung. Es ist kaum etwas denkbar, was das Problem der „Landesverteidigung“ so kraß beleuchtete wie dieser Fall Michaelis. Ja, so verteidigen unsere Patrioten die Schweiz, in Bern wie überall.

4. Ein trauriges Kapitel bleibt immer auch die *Fremdenpolizei*. Stets aufs neue werden Menschen schlecht behandelt, die uns als Kämpfer gegen die Hitler-Gefahr hochwillkommen sein müßten und die eines Tages durch ihr Einstehen uns wirksamer schützen könnten als unsere Obersten. So wurde neuerdings *Hell-*

mut von Gerlach, diesem grossen, lauterem und tapferen Vorkämpfer der Demokratie, verweigert, in der Schweiz einen Vortrag über den Reichstagsprozeß zu halten. Dieser Fremdenpolizei mit der engen Stirn und dem engen Herzen, die das kostbare Gut der Sympathie für die Schweiz vertut, möchte man ein neuerliches Wort von *Benesch* ins Stammbuch schreiben: „Es wird“, so erklärt er in einer Kammerrede in der Tschechoslowakei, „in Zukunft unser Stolz sein, wie es seit Jahrzehnten der Stolz der höchstkultivierten europäischen und Weltstaaten war: Englands, Amerikas, Frankreichs und der Schweiz [!], daß wir politischen Flüchtlingen ein Asyl gewähren.“

Eine wohlverdiente Beschämung für unsere Kleinfeligkeit ist die *Anerkennung Sowjetrußlands* durch die Vereinigten Staaten. Nun wird die Schweiz halt auch dran glauben müssen, aber was einst, frei gewährt, etwas bedeutet hätte, wird jetzt zu einem armseligen Zu-Kreuzekriechen. So geht es, wenn man den Großhans spielen will, während man im Handkehrum, wo es einem paßt, dann wieder klein und bescheiden tut.

5. Am aller schwersten aber dünkt mich die Krise des *Völkerbundes*. Was würde aus der Schweiz, wenn er zusammenstürzte? Und wo bleibt die Stimme der Schweiz gegen den Versuch, ihn zu einem Direktorium der Großmächte zu gestalten oder ihn zu ruinieren? Allgemeines Schweigen. Auch Mottas, des Beredten, wo doch die Schweiz zu allererst daran gehen sollte, besonders die „kleinen“ und „mittleren“ Völker zu einem Bunde gegen dieses Attentat auf die Völkerdemokratie aufzurufen. Da haben wir wieder unsere Landesverteidigung!

V. Aber ich vergesse, ich vergesse wieder unsere Obersten. Die werden uns ja schon verteidigen und alles gut machen. Die Armee! Die Armee! Die Armee!

Zu behaupten, daß wir keinen schweizerischen *Militarismus* hätten, wird immer lächerlicher. Kaum sind die 100 Millionen für die neue Ausrüstung stillschweigend bewilligt, rückt man mit dem Plan einer sogenannten Heeresreform heraus, die u. a. eine Verlängerung des Rekrutendienstes für verschiedene Waffengattungen, und vor allem eine, wenn auch noch etwas maskierte, Militarisierung unserer Jugend bringt. Die der Frauen wird wohl folgen. Und den Gaschutzschwindel wird man bei der günstigen Konjunktur wohl auch durchzusetzen suchen. Das hundertjährige Jubiläum, das die Schweizerische Offiziersgesellschaft kürzlich in Zürich feierte, war ein reines Fest dieses Militarismus. Eine große Geschichte wurde aus dem Umstand gemacht, daß „das rote Zürich“ den Mut hatte, nicht zu Ehren dieser Gesellschaft, von der es noch dazu wacker beschimpft worden war, die öffentlichen Gebäude beslaggen zu lassen. Ein Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ mit der Ueberschrift: „Oberleutnant Klöti flaggt nicht“ ist sehr bezeichnend für die immer deutlicher hervortretende Tendenz, den Offizier zum Herren des schweizerischen Lebens zu machen.

Dafür sind einige weitere Vorkommnisse charakteristisch. In Basel ist ein Doktor *Gysin*, der vor etwa fünfzehn oder siebzehn Jahren als Zürcher Student den Dienst verweigerte, unter Zustimmung der Freisinnigen zum Bürgerrat gewählt worden. Darob werden die Offiziere unter den Freisinnigen angefahren, daß sie so etwas geduldet hätten. Die Offiziersgesellschaft besitzt offenbar ein Verzeichnis aller Dienstverweigerer bis weit zurück, dazu aller antimilitaristischen Lehrer, Pfarrer, Beamten. Und ein weitverzweigtes Organisationsnetz, das ihr erlaubt, jede Pfarrer-, Lehrer- oder auch nur Abwartswahl zu kontrollieren. Unser Freund *Suter*, Lehrer in Baden, ebenfalls Dienstverweigerer, sollte nächstens durch Wahl zum Sekundarlehrer aufrücken. Kommt der Befehl, das zu verhindern. Weiter: Pfarrer *Maurer* in Zürich, der bekannte Prediger, Dichter und Volksmann, jetzt auch Doktor der Theologie, wird von der theologischen Fakultät zur Leitung des katechetischen Seminars, d. h. der Uebungen im Religionsunterricht für die theologischen Studenten (wofür er eine besondere Begabung besitzt), vorgeschlagen. Der Regierungsrat verweigert die Bestätigung. Denn er ist Antimilitarist. Aber die Krone dieses Verhaltens ist doch der Fall *Brenner*. Unser Freund Doktor Brenner ist unter anderem Hilfslehrer für Chemie an der Höhern

Töchterfchule in Zürich. Und zwar ein sehr tüchtiger und beliebter Lehrer. Knall auf Fall wird er entlassen, weil ihm ja die bürgerlichen Ehrenrechte fehlten. Er ist ebenfalls Dienstverweigerer, aus dem Zwang seines christlichen Gewissens, und tatsächlich fehlen ihm bis zum Frühling diese Rechte. Und nun bedenke man, daß der kantonale Erziehungsdirektor jener Regierungsrat *Wettstein* ist, der sich gern als freien Geist gibt und jüngst im Namen der Lehrfreiheit seinen Schild über den Hitler-Professor Freytag gehalten hat. Daß 218 Schülerinnen für ihren Lehrer beim Rektorat lebhaft eingestanden sind (dem man eine großzügigere Haltung zugetraut hätte!), ist eine Verheißung dafür, daß ein Geschlecht heranwächst, das mit diesem System und seinen Trägern ungeahnte Abrechnung halten wird. Denn es ist noch nicht aller Tage Abend.

Möchte gerade unser übermütiger Militarismus nicht vergessen, daß es *Umschwünge* und einen Tag der *Vergeltung* gibt.

Dahingegangene. Es sei auch bei uns der plötzliche Hingang *Stefan Georges* erwähnt. Auch wenn der Redaktor keine direkten geistigen Beziehungen zu ihm gehabt hat und seine ganze Art ihm zunächst sogar sehr unsympathisch war, so muß doch wohl anerkannt werden, daß er auf seine Weise ein Großer und jedenfalls ein Gestalter unserer Zeit war. Vielleicht hat ihn ein gütiges Schicksal davor bewahrt, wie Gerhardt Hauptmann ein Hofdichter des Hitler-Reiches zu werden.

Mit großer Freudigkeit aber kann und muß ich eines andern Mannes gedenken: des unmittelbar vor dem Antritt des hundertsten Altersjahres verstorbenen Basler Ratsherrn *Hermann Christ*. Und zwar ist es nicht sein christliches und kirchliches Wirken, so schön und gesegnet es sein mochte, wofür ich ihm vor allem dankbar bin, und auch nicht sein politisches Tun, wie etwa sein Eintreten für die Kolonialvölker, so groß und aus echtem christlichem Rittertum entsprungen dieses auch war, sondern sein Buch: „*Das Pflanzenleben der Schweiz*“. Das ist für mich eine Gabe gewesen, die mein ganzes Leben verschönert und bereichert hat. Es ist auch eine der edelsten Gaben, die der *Schweiz* von einem ihrer Söhne je geschenkt worden ist. Und dazu ist auch das schon wertvoll, daß es von einem Rechtsgelehrten und aktiven, echten Christen stammt. Möge es *lebendig* bleiben!

Verdankungen. Mit warmem Dank zeigen wir die folgenden Gaben an, die seit Ende Oktober bei uns für die *Flüchtlingshilfe* eingegangen sind:

Von der Gruppe der Religiös-Sozialen in Lausanne 40.—; von H. F. in Z. 10.—; S. Z. in Z. 5.—; M.-C. in D. 20.—; von der Gruppe der Socialistes Chrétiens in Le Locle 15.—; von K.-Sch. in Z. 10.—; von Frl. P., S.-L. in Z. 5.—; L. R., Vortragshonorar Rh. 60.—; C. F. in Z. 10.—; F. G. in K. 5.—; Fr. W. in Fr. 50.—; E. M. in Z. 5.—; M. G. in M. Ver. St. 25.—; J. in 10.—; A. R. in M. 5.—; M. K. in Z. 10.—; C. F. in Z. 10.—; Fr. v. Sch. in B. 25.—; durch E. A. in S. B. 50.—; K.-Sch. in Z. 10.—; H. F. in Z. 10.—; S. Z. in Z. 5.—; A. B. in B. 50.—; A. u. B. in Z. 30.—; A. W. in R. 20.—; Fr. W. in Fr. 20.—; E. M. in Z. 5.—; E. M. in Z. 50.—; Ungen. in Z. 100.—; R. T. in Z. 50.—; Ungen. durch Rel.-soz. Ver. 20.—. Total Fr. 740.—.

Für die *Kinder der Arbeitslosen* erhielten wir: Vom Landerziehungsheim Albisbrunn Fr. 25.—; von P. A. in O. 5.—. Total Fr. 30.—.

Auch hiefür sprechen wir den Gebern unsern herzlichsten Dank aus.

L. und C. Ragaz.

Berichtigung.

Im Novemberheft muß es Seite 544, Zeile 3 von unten, heißen: „*Ein soziales (nicht „Frei-sozialistisches“) Programm*“.